

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Des Belegungspreises halber - offen erhältlich



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Zeitungspreis monatlich (bei Haus 2,50 M., halbjährlich 1,25 M., durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Reichshofstraße 4 / Expeditions- und Geschäftsstelle: Dresden-Alt / Reichshofstraße 4 / Telefon: 17 250 / Reichshofstraße 4 / Geschäftsstelle: Dresden-Alt / Reichshofstraße 4 / Telefon: 17 250 / Druckerei: Arbeiterstimme Dresden / Druckzeitung der Redaktion: Mittwochs 15 - 16 Uhr, Sonnabends 13 - 14 Uhr

Anzeigenpreis: Die normal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Reklamezeile anschließend an den dreipoligen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Güterbahnhofstraße 2 / Die 'Arbeiterstimme' erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 16. März 1929

Nummer 64

Gieg der Gewerkschaftsopposition im Elektrizitätswerk Dresden

Die Kommunisten zum Etat der Trufiregierung

Berlin, 16 März (Eig. Drahtbericht)

Im Beginn der Reichstagsperiode vom Freitag erhält das Volk zur Entscheidung die kommunistische Forderung Genosse Hedert.

Der Finanzminister Hilferding hat seit dem 10. März den Etat der deutschen Reichs- und Monopolpolitik einzuzeichnen. Schon der frühe Termin des Einbringens des Etats zeigt deutlich, daß das deutsche Parlament und die deutsche Bevölkerung sich nicht mehr mit dem Budgetrecht zu befassen, sondern es nur noch als Mittel zur Durchsetzung der Reichspolitik zu betrachten. Das zeigt den Etat mit einem solchen Charakter, wie ihn der Finanzminister hier einbringt.

Der vorliegende Etat in die Plattform der Trufiregierung und Finanzminister zur Ausdeutung des wirtschaftlichen Lebens (Sehr wahr!) der Komm. Ein sozialdemokratischer Minister bringt einen Etat ein, der in der Hauptsache das allgemeine Volk zugunsten einer Politik belastet, die diametral den Interessen der Arbeiterklasse entgegensteht. Aber es ist ja ein Wunder, daß eine solche Politik von der Sozialdemokratie gebilligt wird. Eine Partei, die sich in einer Partei der Erhaltung des bürgerlichen Staats, der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft gemindert hat, kann nicht anders reden als es tut. Die Interessen der Arbeiterklasse den Kapitalisteninteressen gegenüber. Auch nach Aufhebung des Sozialdemokratismus muß die Interessen der Arbeiterklasse der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft untergeordnet werden. Am 1. Juli 1928 schrieb die sozialdemokratische Chemiker Volksstimme, daß die von der Partei eingeschlagene Politik in der Praxis zu keinem Erfolg führe, und wörtlich heißt es weiter:

„Das aber mühte mit eigener Konsequenz schließlich dahin zu führen, daß die verurteilte Politik des Bürgerblocks ungehindert ihren Fortgang nimmt mit dem einzigen Unterschied, daß hier nicht mehr das Bürgertum, sondern die Sozialdemokratie die Verantwortung trägt.“

Was damals die sozialdemokratische Chemiker Volksstimme vorausgesagt hat, ist vollkommen eingetroffen. (Sehr wahr!) bei den Komm.

Hilferding bringt keinen Etat ein in einer Situation der zunehmenden kapitalistischen Krise, in einer Situation, in der die Reparationslasten sich unendlich, in der die Reparationsverhandlungen die Erleichterung nicht gebracht haben, in der sich nur noch die Notwendigkeit herausstellt, daß die Konsumtion auf dem Weltmarkt sich im Wachstum befindet, daß in allen kapitalistischen Ländern neue große Krisenereignisse eintreten müssen. In dieser Situation wird die Sozialdemokratie die Unterstützerin für die Erhaltung der bürgerlichen Macht. In allen kapitalistischen Ländern unterstützt die Sozialdemokratie die Maßnahmen der Regierungen zur Aufrechterhaltung der Kapitalistatur gegen die Arbeiterklasse. (Sehr wahr!) bei den Komm.

Die Arbeiterklasse erkennt aber auch immer mehr die Folgen der sozialdemokratischen Politik und wendet sich darum nach links. Das ist die Lage in allen Ländern, nicht nur in Deutschland.

Bei dem Einkommensbericht der Arbeiter erscheint der Reichstag als Rettungsausschuss. In allen kapitalistischen Ländern haben die Sozialdemokraten nicht nur den Faschismus, sondern auch noch keine Arbeiter. Hat nicht immer eigener sozialdemokratischer Minister Senning gesagt, daß er bereit sei, die Kapitalistatur mit Hilfe des Artikels 48 in Deutschland durchzuführen? Das ist ein Bekenntnis zum Faschismus. (Sehr wahr!) bei den Komm. Auch mit dem sozialdemokratischen Wirtschaftswort in der Tasche kann man ein falscher General sein. (Sehr wahr!) bei den Komm.

Der Eintritt des Zentrums aus der Regierung und die Konstitution die jetzt die deutsche Volkspartei macht, sind alles Hindernisse auf dem Wege der Aufrichtung einer falschen Partei in Deutschland. Die Arbeiterklasse muß leben wie sie ist. Die Dinge sozialistisch politisieren. Die Gegenstände in dieser Welt sind sozialistisch politisieren eben nicht mit Hilferding'schen Kapitalistischen Republik können eben nicht mit Hilferding'schen Parteien überbrückt werden. Sie drängen fortan auf neue Revolutionen.

Die Neue Zürcher Zeitung, ein führendes bürgerliches Blatt, schreibt in ihrer Mittwochsausgabe in einer Betrachtung über die Lage in Deutschland: „Der Diktatordenkmal liegt wie über die Lage in Deutschland.“ Das ist ein führendes bürgerliches Blatt. (Hört! Hört!) Was uns Karl Marx schon immer gelehrt hat, wird jetzt erneut durch die Praxis bestätigt, daß man nicht den kapitalistischen Staat nicht für die Demokratie und für den Sozialismus erziehen kann, sondern daß dieser Staat keine Krise zur Aufrichtung und Bekämpfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse in der Nähe nehmen darf. Darum gibt es auch kein anderes Mittel, die Dinge zu reformieren, als den Sturz dieses kapitalistischen Staates. (Sehr wahr!) bei den Komm. Im Jahre 1922 hielt ich im Berliner Gewerkschaftshaus ein Referat mit dem Titel: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland.“ Das Referat wurde als Korrekturen Herr Hilferding erziehen. Da Herr Hilferding sagte ich voraus, daß selbst dann, wenn es dem Kapitalismus gelingt, noch einmal die revolutionäre Bewegung der Arbeiter niederzuliegen, doch immer neue Krisen und revolutionäre Erhebungen folgen müßten. Was antwortete mir Herr Hilferding? Er sagte: „Ich kann eigentlich auf meine Ausbeutungen verzichten. Ich bin vollkommen mit dem einverstanden, was auch der Genosse Hedert gesagt hat.“ (Gelächter und

7:2, die Antwort an die Spalter und Koalitionspolitiker

Dresden, den 16. März

Die Betriebsratswahlen in den Betrieben des Städtischen Elektrizitätswerkes haben zu einem überwältigenden Sieg der Opposition geführt. Die räumlich ausgedehnte Verteilung zwang noch einmal in diesem Jahr zur Durchführung der Wahlen in den einzelnen Betrieben. Dabei wurden folgende Ergebnisse erzielt: Betrieb Wetzschel: 2 oppositionelle Gewerkschaftler; Kabele: 2 Oppositionelle; Sicher: 1 Reformist; Reustadt: 1 Oppositioneller, 1 Reformist; Tolle: 1 Oppositioneller; Bühlau: 1 Oppositioneller. Die Betriebsratsliste setzt sich nunmehr aus folgenden Kollegen zusammen:

- 1. Selmann, Gewerkschaftsopposition; 2. W. Hiltz, Gewerkschaftsopposition; 3. Müller, Reformist; 4. Schönke, Gewerkschaftsopposition; 5. Kugel, Reformist; 6. Schmiegen, Gewerkschaftsopposition; 7. Welle, Gewerkschaftsopposition; 8. Jacobi, Gewerkschaftsopposition; 9. Hanel, Gewerkschaftsopposition.

Dieses Ergebnis ist um so bedeutungsvoller, als es sich hier um ein Vorgebot für die noch bevorstehenden Wahlen in den übrigen städtischen Betrieben, insbesondere bei der Städtischen Straßenbahn, handelt. Nicht unwesentlich ist dabei, daß der Oppositionelle Jacobi ein ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter ist, der wegen seines Zusammengehens mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition durch die Verbandsbürokratie und die SPD-Fraktion ausgeschlossen werden sollte. Dies ist durch die Arbeit der Opposition, deren Vertreter durch ihre Tätigkeit bewiesen haben, daß es ihnen ernst ist mit der Befreiung der Arbeiterinteressen und mit der Hochhaltung der besten Traditionen der Gewerkschaftsbewegung, gründlich möglich. Die Reformisten sind auch besonders durch den Ausgang der Wahl getroffen, als ihr demokratischer und kräftigster bisheriger Vertreter im Reichsbetrieb durch den oppositionellen Kandidaten Schöne entsetzt werden mußte. Die Arbeiterschaft des Städtischen Elektrizitätswerkes Dresden hat durch diese Wahl gezeigt, daß sie die Situation begriffen hat und der große Erfolg der von den Kommunisten geführten Opposition ist gleichzeitig eine treffende Antwort auf die Kommunisten und Koalitionspolitiker der Sozialdemokratie ebenso wie auf den Spaltungsfuror der Reformisten in den Gewerkschaften.

Aber nicht nur im Dresdener Elektrizitätswerk markiert die Opposition trotz aller Plänen und Verleumdungen vorwärts. Ein weiterer Beweis für das wachsende Vertrauen der Arbeiter zur kommunistischen Partei und zu der von ihr vertretenen Aufhebung von Feiern und Inhalt der Gewerkschaftsarbeit und der Wirtschaftskampfmethode ist das Ergebnis der Wahlen zum Kraftwert Hirschfeld.

Kraftwert Hirschfeld

Entsprechend den Anweisungen der SPD versuchte hier die Mehrheit des letzten Betriebsrates durch eine infame Feinde gegen die Opposition eine völlig kommunistische Liste zustande zu bringen. Wir berichteten bereits, daß sowohl in seiner Abteilung der Genosse Müller mit Mehrheit als Betriebsratskandidat vorgeschlagen wurde, er nun der Funktionärvermittlung von der Liste getrennt und nur als Erlösmanngeliefert worden war. In der Betriebsversammlung legten die SPD-Reute auch unterbreiten die von der Funktionärvermittlung aufgestellte Liste vor. Die Opposition kritisierte sehr scharf das Verhalten der SPD und zeigte auf, daß der ganze Kurs der Sozialdemokraten darauf gerichtet ist in diesem Jahre Betriebsräte zu bekommen, die sich willenlos dem sozialimperialistischen Kurs der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie unterordnen lassen würde ein Eintrag, daß über jeden einzelnen Vorschlag abgestimmt wird, angenommen und gestiftet das Resultat, daß

als aktive Betriebsräte 2 Kommunisten und 2 mit ihnen Sympathisierende

und als Erlösleute ein Kommunist und ein Sympathisierender aufgestellt wurden. Die Relegatheit des Kraftwerts Hirschfeld hat durch diese Aktion offen betonen, daß sie von den arbeitenden Arbeitern der Sozialdemokraten nichts wissen will. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat deshalb um so mehr die Pflicht, durch vorbildliche Interessensvertretung

(Hört! Hört! Rufe.) Heute ist dieser Hilferding, der Mann, der einmals für die Diktatur des Proletariats einsetzten ist, der Hauptanker des deutschen Sozialkapitals und der Trugschlüsse geworden. Auch Herr Berk war ein unabhängiger Sozialdemokrat. Es ist kein Zufall, daß sich diese Leute zu Agenten der Bourgeoisie entwickelten.

Wenn wir uns den Etat des Herrn Hilferding näher anschauen, stellen wir fest, daß in ihm alle Forderungen der Revolution erfüllt werden. 454 Mill. neue Steuern werden gefordert. Steuern, die von der Masse der Bevölkerung getragen werden. Im Wechsellager haben wir eine Ausgabe von 750 Mill. Mark. (Hört! Hört! bei den Komm.) Dafür aber können wir leisten, daß für die deutschen Kulturaufgaben nur noch 40 Mill. eingelegt sind. Wundersbare Kulturaufgaben, diese Sozialdemokraten! Die Subventionspolitik für die Schwerindustrie wird fortgesetzt. 195 Mill. gibt man für die Polizei aus, wozu natürlich das meiste Geld aus der Mietsteuer genommen wird. Trotz der Rede Severings in Hamburg finden wir in diesem Etat noch 1,4 Mill. für die Technische Hochschule.

(Hört! Hört! bei den Komm.) Die Schweizerzentrale für das Spielwollen (Präsident Löbe) unterstützt den Redner und erteilt ihm einen Ordnungsruf, wird weiter durchgehalten. Für den falschen Heimdienst werden wiederum 2 1/2 Mill. angefordert. Die reaktionäre Filmsteuer soll 100 Millionen Mark für die Durchführung des Schmutz- und Schundgesetzes werden 112 000 Mark in den Etat eingelegt. Der gefällige Panzerkreuzer A erscheint im Etat mit 13 Mill., und Herr

die Arbeiter, gleich welcher Richtung, zu einem festen Band zusammenzuschließen, um sowohl dem Privatkapital wie den kapitalistischen Staats- und Kommunalpolitikern gegenüber ihre Klasseninteressen konsequent durchzusetzen zu können.

Reformisten benutzen die Bourgeoispreß gegen die Gewerkschaftsopposition!

Berlin, 16 März (Eigene Drahtmeldung)

Heute früh begann in dem Maschinenbetrieb der Berliner Verkehrsbetriebe die Betriebsratswahl. Sie steht im Zeichen einer großen Empörung der gesamten Belegschaft. Die Reformisten der Liste 1 haben bei dem Kampf gegen die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition in dem von jedem Klassenbewußten Arbeiter betrachteten Organ der Bourgeoisie, in der Berliner Arbeiterzeitung, für die Liste der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie Propaganda zu machen. Spontan beschließen noch gestern in später Abendstunden die Verammelungen der Werkstätten Brunnenwall, Waidhauser Straße und Straßenbahnhof 2, jede Stimme den Kandidaten der Opposition zu geben.

Schlichtungsverfahren geprengt

Das Schlichtungsverfahren in der Leipziger Metallindustrie abgebrochen

Das Schlichtungsverfahren im Lohnstreit der Leipziger Metallindustrie konnte, wie der Verband der Metallindustriellen mitteilt, nicht zu Ende geführt werden, da die Gewerkschaftsbürokratie durch Verlassen des Tafels die Schlichtungskammer sprengten, nachdem der Schlichter einen Vorschlag auf Erhöhung des Lohnes von 4 Pf. in der Spitze gemacht hatte.

Dr. Berk wagte nicht einmal, mit einem Wort dagegen aufzutreten.

Wir finden im Etat eine ganze Menge Ausgaben für weitere Panzerschiffe.

Die Panzerschiffe sind andeinerseits notwendig zur Aufrechterhaltung der Demokratie und der Wohlfahrt in diesem Staat. (Heiterkeit.) Noch sind die Summen nicht in den Etat eingelegt, die den Massen in Gestalt eines Reichsanforders in den Rücken gemorfen werden sollen. Wir weisen aber 100 gegen 1, daß der Finanzminister Hilferding sich nicht scheut, die Milliarden zur Verbrennung des Volkes aus den Taschen der Arbeitenden herauszuschieben. (Stille des Präsidiums.)

Was die Deutsche Volkspartei will, erleben wir am klarsten aus der Denkschrift des Hanabundes. Dieser Bund fordert Abstriche vom Sozialetat in Höhe von 288 Mill. Mark. Freilich, es handelt sich ja nicht um einige Kubikmeter, denen man hinter dem Rücken des Reichstages wieder 800 Mill. in den Rücken schieben könnte; es handelt sich ja auch nicht darum, dem Reichskapital 115 Mill. zuzuführen; nein, diese 288 Mill. sollen den armen, wertvollen Massen abgezogen werden. So will es die vaterländische Institution des Hanabundes. Wir werden nichts unterlassen, diese Akte des Hanabundes draußen den Massen aufzuzeigen. Nach der Denkschrift des Hanabundes sind 32 Mill. für die stinkenden Mütter überflüssig. Auch die Erwerbslosenfürsorge soll um 55 Mill. gekürzt werden. (Hört! Hört! bei den Komm.)

Betrachten wir uns einmal die Regierungserklärung des Herrn Müller. Es heißt in ihr, daß die Regierung gegen

aus
r
henke
billige
Abanduhr
Uhrketten
Pirna
Masche Str. 14
phone
an / Groß Lager
Handhandl., Pirna
Nähe Volkshaus
Van S. Boferskale
MER
Kamilla von
der Sozialunion
EN
Wittke Formanow
TERS FREITAG
v. Helena Sobarski
Rudolf Schlichter
BERLIN O 17
ater
n
Montan
ise
ding
ausgeklettert
den
open. Erst
Aber u. v. v.
bel
stadt
wachen
Kamilla von
ert u. v. v.
3 Uhr, Sonn-
tag, 11 bis 12 Uhr
angen
r, öffentliche